

Antrag

**der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP und der Gruppe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Freiheit für Daw Aung San Suu Kyi und Verwirklichung der Menschenrechte in Myanmar

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung des Nobelpreiskomitees, Daw Aung San Suu Kyi den Friedensnobelpreis 1991 zu verleihen und somit ihren gewaltfreien Kampf für Menschenrechte, Demokratie und die Zusammenarbeit mit den Minderheiten anzuerkennen.

Mit großer Sorge verfolgt der Deutsche Bundestag jedoch die Verletzung der Menschenrechte in Myanmar, gegen die Daw Aung San Suu Kyi mit großem persönlichen Einsatz kämpft und dafür von der Regierung seit Juli 1989 unter Hausarrest gehalten wird. Er fordert die Militärregierung auf, Daw Aung San Suu Kyi die Ausreise zur Entgegennahme des Friedensnobelpreises zu gestatten und ihr die Möglichkeit zur freien Rückkehr nach Myanmar zu gewährleisten.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei ihren Bemühungen, für die Freiheit von Daw Aung San Suu Kyi einzutreten. Er fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt für die Verwirklichung von Menschenrechten und Demokratie einzusetzen.

In diesem Zusammenhang fordert der Deutsche Bundestag in Übereinstimmung mit den Parlamenten anderer demokratischer Staaten die Militärregierung in Myanmar auf, die Rückkehr Myanmars zur Demokratie nicht weiter zu verweigern und das Wahlergebnis vom Mai 1990 ohne jeden Vorbehalt zu respektieren.

Der Deutsche Bundestag bittet nachdrücklich alle befreundeten Regierungen, nichts unversucht zu lassen, um die Freiheit von Daw Aung San Suu Kyi zu gewährleisten und auf die Durchsetzung der Menschenrechte in Myanmar einzuwirken und ersucht die Bundesregierung, diese Entschließung der Militärregierung von Myanmar auf diplomatischem Wege förmlich zuzuleiten.

Bonn, den 4. Dezember 1991

Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Werner Schulz (Berlin) und Gruppe